

(Fortsetzung von Seite 1.)
 hen, daß gar keine Monopolpläne hinter den neuen Anleihe ständen. Er versprache uns, er würde niemals seine Zustimmung zu etwas Derartigem geben; eher ginge er!
 Wir glauben Herrn Dietrich. Denn seine ganze Rede war so hilflos, daß sie ehrlieh und überzeugend wirkte.
 Und dennoch steht hinter der neuen Anleihe ein neues Monopol! — Von dem

Herr Dietrich heute auch durchaus nichts zu wissen braucht. — Lassen wir Herrn Dietrich den Stolz und die Freude, daß dieses System doch noch nicht so banterott sein kann, weil ihm noch geborgt wird!! — Meine Herren, die Finanziers wissen besser als Sie, daß Sie mit dieser Republik banterott sind. Keiner von ihnen glaubt, daß Sie in der Lage sind, den 125-Millionen-Dollarkredit in längstens zwei Jahren zurückzahlen zu können.

Können Sie überhaupt die über 60 Millionen Mark Zinsen für diese zwei Jahre bezahlen? — Woher nehmen und nicht stehlen? —

Die Finanz weiß das alles viel besser wie Sie, meine Herren. Erfüllung, „Politiker“. Und gerade deshalb borgt sie und rechnet so: Rückzahlung des Kredits ausgeschlossen! Zinszahlung nur möglich durch neue Einnahmen! Neue Einnahmequellen aus Steuern: Fehlanzeige! Regierung ist also in längstens einem Jahr gezwungen, neuen Pump aufzunehmen! Als Geldgeber kommen nur wir in Frage. Jetzt stellen wir Bedingungen: Zinsfuß, Provision. Und zur Sicherheit dieses und des 1931er Dollarkredits verlangen wir — beispielsweise — das Tabakmonopol. — Will die Regierung nicht, lassen wir sie in der Schlinge, in der sie sich gefangen hat, zu Tode zappeln. — Bitte nach Reflexion! Entweder — oder.

Also doch Monopol! Aber dann sind Sie ja wohl längst a. D., Herr Dietrich? —

Oder: Ob nicht vielleicht alles ganz, ganz anders kommt, meine Herren???

Wie es Euch gefällt!

In der gestrigen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Dresden hat Reichstagspräsident Lohbe unter anderen gewagten Behauptungen auch geäußert, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sei eine „Schutztruppe des Kapitalismus“. Unsere Presse ist nicht in der Lage, alle Lügen, die von Sozialdemokraten in Versammlungen und in der roten Presse nach dem großen Wahlsieg fortgesetzt erhoben werden, widerlegen zu können. Da aber Herr Lohbe auch noch in nichtsozialistischen Kreisen hier und da ernst genommen wird, stellen wir fest, daß er diese Behauptung wider besseres Wissen erhebt. Wir nehmen an, daß Herr Lohbe als Mitglied seiner Berliner Partei-Organisation den „Vorwärts“ liebt, der seit der Wahl fast in jeder Nummer den Nationalsozialisten zur Last gelegt hat, daß — an ihrer Kapitalsfeindschaft die Wirtschaft zu Grunde gehe.

Die Dresdener Sozialdemokraten werden gebeten, von diesen beiden einander ausschließenden sozialdemokratischen „Gesarten“ sich diejenige zu einen zu machen, die ihnen am besten gefällt! ...

Sachsen hat die stärkste Steigerung der Arbeitslosigkeit

Die Industrie- und Handelskammer Dresden veröffentlicht einen Bericht über die Wirtschaftslage im 3. Vierteljahr 1930, der als trostlos bezeichnet werden muß. — Aus ihm geht hervor, daß Sachsen die härteste Steigerung der Arbeitslosigkeit und die niedrigsten Beschäftigungszahlen des Reiches aufweist, und daß die Lage noch durch die geplanten Stilllegungen größerer Betriebe verschärft wird. — Das Barometer ist so tief gefallen, daß man ruhig von einer Katastrophe sprechen kann.

Wir haben keine Veranlassung, uns durch Vorispannungen „nünftiger“ Beurteilungen irreführen zu lassen, sondern wollen der tatsächlichen Lage einmal klar und nüchtern ins Auge schauen.

Der Geschäftsgang der Gütenwerke war unbeschreiblich; der Absatz ließ beträchtlich nach. Der Geschäftsgang der Eisen- und Stahlwerke war mindertend ebenfalls schlecht wie im vorangegangenen Vierteljahr. Die trostlose Geschäftslage in der Industrie landwirtschaftlicher Maschinen hielt an. In der Textildruckindustrie hat das Geschäft im allgemeinen abgenommen, allerdings unter Berücksichtigung der bisherigen Betriebs Einschränkungen. In der Aluindustrie haben sich die Verhältnisse noch nicht zum Besseren geändert. Unter dem Einfluß der geringen Bautätigkeit blieb auch das Geschäft der Nischenleiten schwach. Auch in der Porzellanindustrie hat die Beschäftigung weiter nachgelassen. In der chemisch-pharmazeutischen Industrie hat sich die Geschäftslage verschärft. Das Mälergeschäft hat im allgemeinen wenig befriedigt, zumal da die gesetzlichen Eingriffe in die Preisentwicklung für Getreide eine ziemliche Unsicherheit auf dem Markt schufen. Die Bierbrauereien erlitten durchweg einen beträchtlichen Absatzrückgang, der einmal mit dem sinkenden Wetter und mit der schmerzlichen Allgemeinlage, sodann aber vor allem mit der Erhöhung der Reichsbiersteuer begründet wird. Das Geschäft der Schokoladen- und Zuckerindustrie war, im ganzen gesehen, wenig erfreulich. Die Beschäftigung der Zigaretten-Industrie

war uneinheitlich, meist aber mangelhaft. Die seit langem überaus mißliche Lage der Lederindustrie hielt auch in der Berichtszeit an. Der Geschäftsgang im Einzelhandel war ebenso unbefriedigend wie im weiten Vierteljahr. Auch das Wolltätigkeitsgewerbe zeigt durchweg über einen recht beträchtlichen Rückgang des Umsatzes. Der Bierverbrauch ist um 25 bis 30 Prozent gesunken.

Jetzt nähern die schönsten Einnahmen um Berücksichtigung der Lage einzelner Wirtschaftszweige gar nichts mehr! Es muß endlich die Ursache der Not erkannt werden! Sie liegt im politischen System, das natürlich keine Auswirkungen auch auf die Wirtschaft zeitigen muß.

Der Liberalismus — politisch wie wirtschaftlich — ist am Ende! Er kann eine Umkehr der Verhältnisse nicht mehr herbeiführen; denn seine Entwicklung war eine amondbländliche!

Man mag heute seitens wirtschaftlicher Kreise noch so sehr an der liberalistischen Auffassung festhalten wollen, es nützt alles nichts mehr!
 Die Uhr ist abgelaufen, das Alte muß abgetan werden! Die Nationalsozialisten und seine Wirtschaftsauffassung heute anerkannt wird oder nicht, ist nebensächlich. — Er allein hat bereits bewiesen, daß er sowohl kulturell wie politisch den Aufbruch der Nation eingeleitet hat. Und daher wird er auch — amondbländlich der Wirtschaft seine Weltanschauung aufzwingen und sie seinen Willen entsprechend erfüllen und gestalten. — Was man heute noch so sehr über „Wirtschaftssozialismus“, über „bedenkliche sozialistische Raritäten“ oder über „verkappten Marxismus“ wettern, der von der Dinge wird von der neuen Welt — von einer neuaufrichtenden Bewegung — gemeinert und nicht von der alten abgewertigten Führerschaft entsetzt!

Deutschland kann das heutige Wirtschaftskleid nur im Sinne des Nationalsozialismus überwinden! Je eher sich diese Erkenntnis Bahn bricht, um so eher rückt die deutsche Nation und mit ihr die deutsche Wirtschaft!

Ueberhebliche Sprache eines deutschen Botschafters

Botschafter von Priffwitz über die Lage in Deutschland

Reuport, 21. Oktober.

Der deutsche Botschafter in Washington, von Priffwitz und Gaffron, ist von seinem Urlaub zurückgekehrt. Er gab Pressevertretern „bezügliche“ Erklärungen über die Lage in Deutschland ab und stellte dabei fest, daß die politische Entwicklung der letzten Monate hauptsächlich auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückzuführen sei. (1) Die Welt brauche keine Revolution in Deutschland zu befürchten. Das deutsche Volk sei nicht gewillt, sein Geschick den Extremen in die Hand zu geben. (2) Die Reichsregierung werde die Politik konstant über (3) Arbeit fortzuführen, nachdem ihre die Reichstagsabstimmung den Weg dazu gebahnt habe.

Der Herr Botschafter hat natürlich die Anmerkungen des Auswärtigen Amtes befolgt und dieselben irreführenden Nachrichten verbreitet, wie sie auch an anderen Stellen offiziell weitergegeben worden sind. Ein Vertreter eines derartig bankrotten und abgekehrten Systems wie das unsere hat jedoch kein Recht, „beruhigende“ Erklärungen abzugeben! Er weiß ja gar nicht,

ob das der Auffassung der kommenden Regierung entspricht! Wenn Herr von Priffwitz und Gaffron der Ansicht ist, daß die politische Entwicklung der letzten Monate lediglich auf die „ungünstige“ wirtschaftliche Lage zurückzuführen sei, so empfehlen wir ihm, sich laufend die nationalsozialistische Presse zu abonnieren, statt seine Weisheit aus international-moralischen Professorenreden zu schöpfen! Er wird dann feststellen, daß die heutige Entwicklung eine solche der „Politik“ ist, und zwar wegen der jämmerlichen Politik, die seine Austragsarbeit seit Jahren getrieben haben! Ein nationalsozialistischer Erwachen seiner Lage ist nicht das Werk des heutigen Zusammenbruchs, sondern die Frucht einer zehnjährigen, mit beispiellosem Opfergeist durchgeführten Erziehungsarbeit! Die Tat und das Verlangen des heutigen Zuhörs haben zwar das Erwachen beschleunigt, es wäre aber auch so gekommen, und zwar durch die Führerpersonlichkeit Adolf Hitler!

Wenn sich Herr von Priffwitz und Gaffron einbilden, daß das deutsche Volk etwa ähnlich sei, sich auf die Dauer die heutige Ausbeutung gefallen zu lassen, so müge er sich einmal die Stimmung im Volke anhören! Das Volk ist nicht mit den Tuden — und zwar insofern verwerflich! Deutschland hat es länger durch die Jämmerlichkeit seiner „Regierung“ zu leiden! Es ist längst erwacht und wird auch die Herren Auswärtigenvertreter an anderer Zeit während zur Erhebung einer „Tat“ beginnt allerdings eine Politik „ausführlicher Arbeit“, die aber nicht im Einklang ist, sondern im Dritten Reich steht!

Politische Propaganda von der Kanzel herab!

Ein Hirtenbrief für die Wahlen zum Nationalrat

Wien, 24. Oktober.

Die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe Österreichs haben für die Wahlen zum Nationalrat einen Hirtenbrief erlassen, der aufrufend, keine Stimme einer unchristlichen, kirchengefeindlichen oder reaktionären Partei zu geben. Alle sollten ausnahmslos zur Wahl kommen und nur verlässliche echt christliche Abgeordnete wählen. Als unchristlich werden unter anderem ausdrücklich bezeichnet: die schrankenlose Pressefreiheit, die absolute Souveränität des Volkes, der übertriebene heidnische Nationalismus (!!!), der selbsttätige und rücksichtslose Liberalismus und die schamlose vom materialistischen und sozialistischen Volkshaar und dem kommunikativen und bolschewistischen Zukunftsstaate. Alles das seien Irrtümer, die die Kirche zurückgewiesen und als unchristlich gebrandmarkt und verurteilt habe. Dieser Hirtenbrief wird am kommenden Sonntag von allen Kanzeln herab verlesen werden.

Der katholische Klerus in Deutsch-Österreich mißt sich also wieder einmal in die Politik des Landes ein! Scham, Scham! — Es muß doch schon höllisch schlecht um die christlich-sozialen stehen, wenn ihnen diese Hilfeleistung angeboten werden muß! — Zwar steht man ja in Deutsch-Österreich dem Marxismus jeder Zehntel anders gegenüber wie es a. B. das Zentrum bei uns tut, aber es bleibt doch schmerzhaft, daß man von der Kanzel herunter Propaganda für nur besonders „verlässliche“ Abgeordnete macht und dazu gleich eine Erläuterung dergestalt gibt, wor darunter nicht gemeint ist. — Unter der Bezeichnung des „übertriebenen heidnischen Nationalismus“ will man natürlich den verhassten Nationalsozialismus treffen, wobei die Herren „Hirten“ zu scham sind, uns nicht direkt zu nennen, sondern uns in einem Nebensatz mit den Bolschewisten dadurch verdeckt angreifen, daß sie Bestrebungen für einen sozialistischen Volkshaar als „unchristlich“ bezeichnen! Auch dieser Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken wird seine Qualitäten erhalten! Der Nationalsozialismus wird trotzdem sein Ziel erreichen!

Der Nationalsozialismus will man natürlich den verhassten Nationalsozialismus treffen, wobei die Herren „Hirten“ zu scham sind, uns nicht direkt zu nennen, sondern uns in einem Nebensatz mit den Bolschewisten dadurch verdeckt angreifen, daß sie Bestrebungen für einen sozialistischen Volkshaar als „unchristlich“ bezeichnen! Auch dieser Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken wird seine Qualitäten erhalten! Der Nationalsozialismus wird trotzdem sein Ziel erreichen!

Auflösung des Lippeischen Landtags abgelehnt

Volksbegehren beantragt

Detmold, 24. Oktober.

Der Lippeische Landtag trat nach den Sommerferien zu seiner ersten Vollversammlung zusammen und befahte sich sofort mit den Anträgen der Oppositionsparteien auf sofortige Auflösung des Landtags. Bei der Abstimmung wurde der Auflösungsantrag der bürgerlichen Oppositionsparteien mit neun zu zwölf Stimmen abgelehnt. Unmittelbar darauf wurde dem Landtagspräsidenten ein Antrag der Oppositionsparteien überreicht, in dem das Landespräsidium aufgefordert wird, unverzüglich das Volksbegehren auf sofortige Landtagsauflösung einzuleiten. Auch in Lippe wird die Abrechnung nicht ausbleiben!

ich als sachverständiger Beirat der Landesversicherungsanstalt Sachsen sowohl ihre, wie auch die Interessen der VSA, stets vertreten habe.

Hochachtungsvoll
 ergebener
 San.-Rat Dr. Veispiger.

Dazu wäre zu bemerken: Wir haben niemals in Zweifel gezogen, daß Herr San.-Rat Dr. Veispiger protestantisch getaufter Christ sei, sondern lediglich festgehalten, daß er Jude sei, eine Tatsache, die sich nicht auf die Ablehnung, sondern auf seine Massenangehörigkeit bezieht. — Herr San.-Rat Dr. Veispiger wird sich wohl darüber klar sein, daß selbst ganze Badewannen Lauswasser sein müßten, nur nicht hinnehmbar können.

Was den erwähnten Dr. Dhl betrifft, so sendet uns derselbe einen Brief, der unseren Vekern gleichfalls nicht vorzulesen werden soll:

Wie ich erlaube, hat Dr. Veispiger, ärztlicher Beirat der VSA Sachsen schriftlich Ihnen mitgeteilt, daß ich nach Aufhebung „Hilflicher und anderer Versicherungen“ aus der VSA Sachsen ausgeschieden sei; 2. daß ich erwieledenermaßen derzeit der kommunistischen Partei angehöre.

Ich bitte Sie höflichst, Kenntnis davon zu nehmen; daß beide Bedingungen leichtfertig und fränkende Unternehmungen sind, die der Wahrheit ins Gesicht schlagen, weiterhin, daß ich deswegen Dr. v. an der zuständigen Stelle zur Rechenschaft ziehen werde.

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Ihr ergebener
 Dr. Dhl.

Auch hierzu eine Mitteilung:
 Der kommunistische „Komplex“ ist in seiner Ausgabe vom 7. Oktober Herrn Dr. Dhl als „Ausgaben“. Außerdem erliefert in der kommunistischen „Arbeiterstimme“ ein Aufsatz, der Dr. Dhl zum Verfasser hatte. — Wer sagt also die Unmöglichkeit? — Wir werden uns mit diesem Herrn nicht noch etwas näher beschäftigen!

Immer wieder Tempel!

Eine Zuschrift

Wir erhielten folgende Zuschrift des jüdischen Sanitätsrats Dr. Veispiger, der sich zwar auf das Pressegesetz beruft, dessen nachstehende „Berichtigung“ jedoch den Erfordernissen desselben keineswegs entspricht:

1. Es ist unwar, daß ich Jude bin. Wahr ist vielmehr, daß ich protestantisch getaufter Christ bin.
2. Es ist unwar, daß ich die Ortsgruppe Berlin-Brandenburg der Deutschen Volkspartei gegründet habe. Wahr ist vielmehr, daß ich mich in Berlin-Brandenburg überhaupt nicht politisch betätigt habe.
3. Es ist unwar, daß ich wegen unzulänglicher Leistungen von Veispig in die Gen-trale der Landesversicherungsanstalt nach Dresden verlegt wurde. Wahr ist vielmehr, daß ich wegen meiner von meiner vor-erlehten Dienstbehörde aner-

erkannten Leistungen als ärztlicher Gutachter und wegen meiner Beziehung zu meinem leiblichen Amte in dieses berufen wurde auf ausdrückliche Empfehlung des seinerzeitigen ärztlichen Beiraters der Rentenlosen Veispig, des im Anfang dieses Jahres nach Aufhebung stiftlicher und anderer Versicherungen aus der VSA Sachsen ausgeschiedenen Dr. Dhl.

4. Es ist unwar, daß ich meine Versicherung nach Dresden meinem Parteibuch verdanke. Wahr ist vielmehr, daß ich kein Parteibuch habe, keiner politischen Partei als Mitglied angehöre und sogar der letzten Reichstagswahl ferngeblieben bin, um neuen das jetzt geltende Wort zu demontrieren.
5. Es ist unwar, daß ich die Rechte der Versicherungen verleihe. Wahr ist vielmehr, daß

Tschechische Schulbedarfsartikel

In unserer Ausgabe Nr. 69... von einem Aufsatz unter obiger Überschrift, in dem auch die Firma Bohrer, Bäckerei-Fabrikanten in Dresden, erwähnt. Wir ziehen darauf von der Firma nachstehende Zuschrift, der wir gern Raum geben:
 „In Ihrer Nummer vom 19. Oktober...“

bedarfsartikel“ u. a. auch einen Artikel gegen unsere Firma. Der darin zum Ausdruck gebrachte Vorwurf dürfte uns insofern nicht treffen, als wir seit ungefähr zwei Jahren die Verbindung mit dieser Firma aufgegeben haben und keinerlei auch nur von der Firma Mundus in Wien, Ailale Berlin, gekauft haben. Die Lieferanten sind auch aus Wien erfolgt. Daß diese Firma auch in Wien eine Filiale unterhält, ist uns neu; wäre es eine trotz der seinerzeitigen un-

ordentlichen Beweiskraft nicht eingesehen, von einer tschechischen Firma zu kaufen, denn es dürfte auch Ihnen vielleicht nicht unbekannt sein, daß unsere Firma deutsch eingeteilt ist.
 So vertreten wir z. B. auch nur Büromaschinen deutscher Herkunft, lassen auch in unserem Auswärtigen nur deutsche Waagen liefern und haben Auslands-Vertretungen usw. nach wie vor grundsätzlich ab.“